



Energie aus regenerativen Quellen wird für Chinas Versorgungskonzept wichtiger. Vor allem in abgelegenen Regionen, wie hier in der Provinz Xinjiang im äußersten Westen der Volksrepublik, entstehen Windparks in großem Stil.

effizienz abhängig gemacht werden müssen.

Darüber hinaus müssen transparente und in sich stimmige Anreizsysteme für Erneuerbare Energien geschaffen werden. Dafür wären landesweit einheitliche Einspeisevergütungen notwendig, um bei den Investoren für Planungssicherheit zu sorgen und den Anreiz, Kraftwerke für alternative Energieträger zu errichten, zu erhöhen.

Ferner müssten die bestehenden gesetzlichen Regelungen, die Stromnetzbetreiber zum Anschluss dieser Kraftwerke an ihre Netze verpflichten, besser durchgesetzt werden. So sollten sie durch finanzielle Anreize oder deutliche Sanktionen dazu gebracht werden, ihren Verpflichtungen auch nachzukommen.

Die internationale Zusammenarbeit mit China in den Bereichen Energieeffizienzsteigerung und Klimaschutz sollte noch verstärkt werden. Ein großes Einsparpotential ergibt sich hier insbesondere im Bereich des energieeffizienten Bauens sowie der Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS). China hat erst in vier Prozent aller Gebäude einen nationalen Energieeffizienzstandard implementiert. Der Energiever-

brauch durch Gebäude macht aufgrund von schlechter Isolation einen überdurchschnittlich hohen Anteil am Energieverbrauch des Landes aus. Da China wegen der eigenen riesigen Kohlevorkommen auch mittelfristig bei der Stromproduktion überwiegend auf die Verstromung von Kohle setzt, könnte CCS einen entscheidenden Beitrag leisten, um Chinas CO₂-Bilanz zu verbessern.

Deutschland bietet sich für die Volksrepublik China als attraktiver Partner bei der Bewältigung des Klimawandels an. Es ist führend bei der Ausgestaltung gesetzlicher Rahmenwerke für den Klima- und Umweltschutz. Ein Großteil der chinesischen Gesetzgebung orientiert sich am deutschen Vorbild. Auch technologisch betrachtet China Deutschland als „Partner der Wahl“. Häufig verhindern allerdings Probleme bei der Sicherung des geistigen Eigentums eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen Unternehmen.

China besitzt auch in der regionalen Klimapolitik eine Schlüsselrolle. Es kontrolliert den Großteil der Quellgebiete für die Flusssysteme Süd- und Südostasiens. Nicht ohne Sorge blicken deshalb die Staaten an den Unterläufen des Mekong, Irrawaddy oder Brahmaputra auf das Abschmelzen der Gletscher im Himalaya und die gigantischen Staudammprojekte auf chinesischem Territorium.

Geopolitisch brisant ist auch das Vordringen chinesischer (Staats-) Unternehmen in Asien, Afrika und Lateinamerika im Interesse der chinesischen Energiesicherung. Hier sieht sich die Volksrepublik zunehmend Vorwürfen ausgesetzt, nur die eigenen Interessen zu verfolgen und keine nachhaltige Entwicklungspolitik zu betreiben.

INDIEN

*Beatrice Gorawantschy | Benjamin Querner |
Deepti Mahajan¹*

KLIMAAUSWIRKUNGEN UND MASSNAHMEN

Durch den Klimawandel und seine Begleiterscheinungen ist es wahrscheinlich, dass die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme im Laufe dieses Jahrhunderts

und darüber hinaus auf bisher beispiellose Art und Weise gefährdet wird.² Bereits heute ist abzusehen, dass sich Indien schwerwiegenden Auswirkungen ausgesetzt sehen wird, die die Umwelt- und wirtschaftlichen Risiken des Landes beständig verschärfen werden. Die Regierung hat in den letzten Jahren kon-

1 | Research Associate – The Energy and Resource Institute (TERI)

2 | Vgl. IPCC, „Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability“. Beitrag der AG II (Working Group II) zum vierten *Assessment Report des Intergovernmental Panel on Climate Change*, M.L. Parry et al. (Hrsg.), Cambridge University Press, Cambridge, Großbritannien.

zertierte Anstrengungen zusammen mit Vertretern der Wissenschaft unternommen, um Szenarien darüber zu entwickeln, inwiefern und in welchen Regionen und Sektoren Indien anfällig für Klimaänderungen ist.

Die Maßnahmen der Regierung zur Anpassung an den Klimawandel sehen eine verbesserte Überwachung und Kontrolle klimarelevanter Einflussfaktoren, die Stärkung der Anpassungsfähigkeit von gefährdeten Bevölkerungsgruppen und ihren Existenzgrundlagen sowie eine effiziente und nachhaltige Verwaltung von Ressourcen vor. Die Entwicklung klimaresistenter Pflanzensorten und Verbesserungen im Bereich der Bewässerung sind einige der Schritte, die unternommen worden sind, um den Agrarsektor klimasicher zu machen.

Darüber hinaus wird an der Umsetzung des National Action Plan of Climate Change (NAPCC) gearbeitet. Der NAPCC ist in acht Nationale Sektorstrategien unterteilt und wurde 2008 von Premierminister Manmohan Singh vorgestellt. Die Sektorstrategien zielen darauf ab, die negativen Auswirkungen des Klimawandels durch sektorale Maßnahmen abzumildern. Sieben der acht Nationalen Sektorstrategien wurden bereits initiiert. Die Green India Mission ist die achte Sektorstrategie innerhalb des NAPCC, deren Umsetzung noch in diesem Jahr erfolgen soll.³ Neben der Umsetzung des NAPCC wird ein State Level Action Plan on Climate Change (SAPCC) erarbeitet, der in Abstimmung mit

dem Nationalen Aktionsplan erstellt werden soll. Der SAPCC soll die nationalen Strategien und Ziele des NAPCC auf Bundesebene ergänzen und vertiefen.

Die Regierung hat den REDD-plus-Prozess (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, REDD+) maßgeblich vorangetrieben und dieser, d.h. die Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Bodenverarmung, bildet weiterhin einen Eckpfeiler bei den Überlegungen zu Indiens Klimapolitik.⁴

Um in den Schlüsselsektoren wie Energie, Verkehr und Industrie eine einheitliche Strategie zu verfolgen, hat die Regierung die Expertengruppe zur Erarbeitung einer kohlenstoffemissionsarmen Strategie für „inklusives“ Wachstum (Expert Group on Low Carbon Strategy for Inclusive Growth) ins Leben gerufen. Die Regierung gibt der Entwicklung und dem Einsatz Erneuerbarer Energien sowie Initiativen für höhere Energieeffizienz oberste Priorität, wengleich zunächst effektive institutionelle Mechanismen geschaffen werden müssen, um die angestrebten Ziele auch umsetzen zu können.

Hinzu kommen zwei im Weißbuch *Approach to the 12th Plan* aufgeführte strategische Herausforderungen für Indien, die sich mit den Themen „Managing the Environment“ und „Securing the Energy Future in India“ befassen. Die insgesamt zwölf strategischen Heraus-

3 | Manmohan Singh in seiner Eröffnungsrede während des 11. Delhi Sustainable Development Summit in Neu-Delhi am 03.02.2011.

4 | Vgl. Ministry of Environment and Forests, *India's Forests and REDD+*, November 2010, <http://moef.nic.in/downloads/public-information/REDD-report.pdf> [05.01.2011].

STUDIEN ZU DEN AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS AUF INDIEN

Climate Change and India: A 4x4 Assessment

Der Bericht des indischen Ministeriums für Umwelt legt eine Einschätzung der Klimafolgen ab dem Jahr 2030 mit Blick auf vier Schlüsselsektoren (Landwirtschaft, natürliche Ökosysteme und Biodiversität, Wasser und Gesundheit) der indischen Wirtschaft in vier besonders gefährdeten Regionen Indiens (Himalaja-Region, den Westghats¹, den Küstengegenden und dem Nordosten) vor.

1 | Die Westghats (engl. Western Ghats) sind ein Gebirge in Indien, das am Rande des Dekkan-Plateaus verläuft und dieses von dem schmalen Streifen der Küstenebene und dem Arabischen Meer trennt.

Initial National Communication (INC) to the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)

Der Bericht analysiert die Anfälligkeit für Klimaänderungen, legt die Anpassungsstrategien Indiens dar und zeigt eine Auflistung der nationalen Treibhausgas-Emissionen.² Die Second National Communication (SNC) ist in Vorbereitung.³

2 | *India's Initial National*, <http://www.natcomindia.org/natcomreport.htm> [02.02.2011].

3 | Vgl. „About NATCOM“, <http://www.natcomindia.org/SNC.htm#intro> [02.02.2011].

forderungen dienen im Vorfeld der Vorbereitungen des 12. Fünfjahresplans als erste Anhaltspunkte für die zukünftige Fokussierung der indischen Regierung. Der 12. Fünfjahresplan wird von der Planungskommission in Indien für den Zeitraum 2012 bis 2017 erstellt. Im Themenbereich „Managing the Environment“ wird die Reduzierung und Anpassung an den Klimawandel aufgegriffen. Der Bereich „Securing the Energy for India“ befasst sich mit der Frage einer ausreichenden Verfügbarkeit von Energie, die als Grundvoraussetzung für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum gesehen wird.⁵ Ausdrücklich werden im 12. Fünfjahresplan Initiativen berücksichtigt, die ein niedriges Kohlendioxid-Wachstum begünstigen, sowie die Schwerpunkte Energieeffizienz und die Gewinnung von Erneuerbaren Energiequellen.⁶

MEDIALE WAHRNEHMUNG UND VORREITERROLLEN

Seitdem der Klimawandel zu einem politischen Anliegen auf der Agenda der nationalen und internationalen Politik aufgestiegen ist, berichten auch die indischen Medien zunehmend darüber. Simon Billett hat die Berichterstattung von vier englischsprachigen indischen Tageszeitungen im Zeitraum zwischen Januar 2002 und Juni 2007 zu Klimafragen analysiert.⁷ In seinem Bericht erläutert er, dass die untersuchten Medien skeptischen Stimmen aus den Reihen der Wissenschaft keinerlei Raum geben. Er schreibt, dass das Klima vielmehr als sozioökologisches Thema mit all seinen sichtbaren Folgeerscheinungen behandelt wird, in der theoretische Argumente nur wenig Gehör finden.

„Klima“ zunehmend als ein Problem anzuerkennen, das auf die Politik und die sozialen und ökologischen Interessen übergreift, ist ein weiterer Trend in der Klimaberichterstattung der letzten Jahre. Die indischen Medien berichten zwar schon seit Langem über die internationalen Klimaverhandlungen. Allerdings haben die letzten Jahre eine deutliche Verschiebung gesehen, bei der „Klima“ von einem Thema mit einer starken Fokussierung auf Umwelt- und Entwicklungspolitik zum Kern der Debatte über politische Ökonomie heranrückte, bei der klare Verbindungen zu den Themen Wachstum, Handel und Außenpolitik gezogen werden. Dieser Trend geht auch mit der internationalen Klimadebatte einher. In dem Ausmaß, wie sich

die Debatte über das Klima und die Nicht-Erfüllung der im Kyoto-Protokoll eingegangenen Verpflichtungen auf der Ebene der multilateralen Diplomatie intensiviert, widmeten ihr auch die indischen Medien mehr Raum. Ein Überblick über die Medienberichterstattung im letzten Jahr legt nahe, dass die folgenden Themen die Klimadebatte in den indischen Medien beherrschten:

Klima und globale Gerechtigkeit: Die Kluft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, die die internationale Klimadebatte geprägt hat, bestimmte auch die Berichterstattung der indischen Medien. Die historische Verantwortung sollte die Grundlage dafür sein – so indische Medien –, um die Verantwortung jedes einzelnen Landes für das globale Klimaregime zu bestimmen. Außerdem greifen die indischen Medien Fragen in Zusammenhang mit dem Clean Development Mechanism (CDM) auf. Dabei wird auch diskutiert, ob der Kohlenstoffhandel tatsächlich so wirksam sei, wie behauptet wird, und ob ausgewählte CDM-Projekte angemessen seien oder nicht.

Klima und Landwirtschaft/Ernährungssicherheit: Ein Großteil der indischen Bevölkerung ist für ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhängig. Dieser Sektor leistet auch einen beträchtlichen Beitrag zu den Netto-Deviseneinnahmen. Es liegt daher nahe, dass alle Auswirkungen des Klimas auf die Landwirtschaft eine wichtige Bedeutung für die wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren des Landes spielen. Seit den fünfziger Jahren hat sich Indien auch zu einem Pionier in der Agrarforschung entwickelt. Berichte und Analysen zum Thema Klima und Landwirtschaft finden daher einen beachtlichen Platz in den Medien.

Die Debatte über den Klimawandel und die Schwellenländer: Die große Konfliktlinie in der Klimapolitik verläuft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, wobei sich Indien mit der Seite der Entwicklungsländer solidarisiert hat. Die indischen Medien spiegeln diese Positionierung ihres Landes zu einem Großteil wider. Vor Kurzem berichteten sie über die Verhandlungsposition und die Strategie der BASIC-Staaten (Brasilien, Südafrika, Indien und China) als Block. Allerdings sind die Medien inzwischen auch dazu übergegangen, die Unterschiede in Bezug auf Verhandlungspositionen und Emissionswerte hervorzuheben, welche diese Gruppe der Schwellenländer kennzeichnet. Insbesondere Leitartikel und Experten-Kolumnen haben vorgeschlagen, dass Indien und China angesichts ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Wachstumskurve und den damit einhergehenden abweichenden Beiträgen zu den weltweiten Emissionen in Zukunft getrennte Wege gehen sollten.

5 | Vgl. <http://12thplan.gov.in> [06.09.2011].

6 | Vgl. Manmohan Singh in seiner Eröffnungssrede während des 11. Delhi Sustainable Development Summit in Neu-Delhi am 03.02.2011.

7 | Vgl. S. Billett, „Dividing climate change: global warming in the Indian mass media“, *Climatic Change* Bd. 99 (1–2), 2009, S. 1–16.

Auswirkungen auf die Küstengebiete in Asien: Der Anstieg des Meeresspiegels und dessen Auswirkungen auf die Küstengebiete in Indien und Indiens Nachbarländern ist ein weiteres Thema, dem die indischen Medien einige Aufmerksamkeit geschenkt haben. Landverluste, Überschwemmungen, die nachlassende Verfügbarkeit von Süßwasser, Auswirkungen auf die Küstenvegetation sowie Schäden an der Küsteninfrastruktur sind einige der Bedenken, die indische Zeitungen und Fernsehsender hervorgehoben haben.

Das Prinzip der „gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung“ liegt den meisten indischen Medienberichten über den Klimawandel zugrunde. Die Entwicklungsländer, unterstreichen die Medien, sollten nicht Gegenstand rechtsverbindlicher Zusagen sein, da ihre historischen Kohlenstoffemissionen im Vergleich zur entwickelten Welt minimal seien. Außerdem würden derartige Verpflichtungen nur ihr Wachstum behindern. In Anbetracht der fortwährenden Anstrengungen, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen, stehen die indischen Medien derartigen Schritten deshalb ausgesprochen skeptisch gegenüber.

Die Interessen Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen sowie die Interessen der anderen Industrienationen nehmen die indischen Medien als unvereinbar mit denen Indiens wahr. Kürzlich berichteten die Medien über eine Absprache zwischen den USA und der Europäischen Union, die zwischen den Gipfeltreffen von Kopenhagen und Cancún stattfand. Durch diese Absprache sollte jedwede Form der Kooperation zwischen Indien und China mit dem Ziel, die internationalen Bemühungen zur Senkung der CO₂-Ausstöße zu untergraben, torpediert werden. Gleichzeitig sollte diese Absprache verhindern, dass internationale Kontrollen nationaler Klimaschutzanstrengungen am Widerstand Indiens und Chinas scheitern.

Auf der anderen Seite erkennen indische Medien aber auch Anstrengungen, die von Europa und den USA zur Eindämmung des Klimawandels unternommen werden, durchaus an. Einige Zeitungen haben über den Einsatz für das Klima einiger Länder in Europa ebenso wie über ihre politischen Überlegungen zum Klimawandel berichtet, wie die folgenden Beispiele zeigen. So fand die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem US-Kongress Erwähnung, in der sie zu dringenden Schritten für den Klimaschutz aufrief. Dass die Europäische Union Finanzhilfen und Unterstützungsmaßnahmen an die Regierungen von Entwicklungsländern zahlt, damit diese Anpassungs- und Eindämmungsmaßnahmen finanzieren können, wurde ebenfalls berichtet. Außerdem gingen die indischen Medien auch auf neue Überlegungen in der



In Indien sind Klimaprobleme eng mit Urbanisierungsfragen verbunden.

Klimadebatte ein, die sich mit der Frage nach Alternativen zum System der Emissionsbegrenzungen und dem Handel mit Emissionsberechtigungen (*Cap and Trade*) auseinandersetzen. Denn dieses System hatte nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt. Was die Klimaberichterstattung angeht, spielt Europa als solches jedoch keine sichtbare Rolle in den indischen Medien.

KLIMA UND POLITIK

Die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik zusammen mit der Energiepolitik sind für die indische Regierung im Rahmen der internationalen Klimapolitik die wichtigsten Themen.

Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik: In einem Schwellenland wie Indien können die Auswirkungen des Klimawandels Fortschritte, die durch Entwicklungsprogramme über Jahrzehnte erreicht wurden, in kurzer Zeit ausradieren. Die aggregierten Kosten von Umweltverschmutzungen und Ressourcendegradation belaufen sich für die indische Wirtschaft auf etwa vier Prozent ihres BIP.⁸ Da Regionen, die ohnehin sozioökonomisch benachteiligt sind, Klimaänderungen am meisten zu spüren bekommen, brauchen sie den besonderen Schutz durch den Staat. Außerdem ist nicht zu vernachlässigen, dass der staatliche Klimaschutz eine zunehmende Belastung der volkswirtschaftlichen Ressourcen impliziert, da begrenzte Haushaltsmittel nunmehr in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und seine Eindämmung fließen, die vorher anderweitig eingesetzt werden konnten.

8 | Vgl. D. Datt und S. Nischal (Hrsg.), TERI, *Looking back to change track: GREEN India 2047 renewed*, Neu-Delhi, 2010.

Für die indische Regierung ist es von großer Bedeutung, klimabezogene Programme in das Paradigma der nationalen Entwicklung zu integrieren. Sie muss auch sorgfältig vorgehen, damit sich bestimmte Klimainitiativen nicht nachteilig auf andere Entwicklungsparameter auswirken (z.B. bei einer Umstellung von Öl- auf Biobrennstoffe, die zu einem Notstand in der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln in bestimmten Regionen führen kann). Mit Blick auf die Parameter der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ergibt sich folgendes Bild in Bezug auf die Klimafolgen in Indien:

Es ist festzuhalten, dass das lokale Leistungsvermögen zur Sicherung des Lebensunterhalts durch extreme Klimaereignisse und -prozesse ausgehöhlt wird. Ebenfalls wirken sich diese abträglich auf die landwirtschaftliche Produktivität und den Zugang zu Wasser aus, also zwei Kernbereiche der Armutsbekämpfung und der sozialen Fürsorge.

Frauen sind angesichts ihrer Rolle im Haushalt am schlimmsten von Klimafolgen betroffen, da sie stark von ihrer Umwelt abhängig sind, um ihre alltägliche Arbeit zu erledigen (z.B. das Sammeln von Brennholz und Trinkwasser, sowie im Bereich der Landwirtschaft in ländlichen Gebieten). Entwicklungsprogramme, die die Förderung und das *Empowerment* von Frauen anstreben, sollten diesen Umstand in Rechnung stellen.

Außerdem stellt die Vermehrung von Infektionskrankheiten (wie Malaria, Sumpf- und Dengue-Fieber sowie Durchfallerkrankungen), die durch Wasser oder Krankheitsüberträger (wie Insekten oder Moskitos) übertragen werden, Programme im Bereich der öffentlichen Gesundheit vor neue Herausforderungen.

Energiepolitik: Schätzungen eines *Business-as-usual*-Szenarios, des in Neu-Delhi ansässigen Forschungsinstituts und Partners der Konrad-Adenauer-Stiftung, The Energy and Resources Institute (TERI), sehen Indiens Primärenergieverbrauch bei 2.149 Megatonnen Öl im Jahr 2031, der einem Verbrauch von 283 Megatonnen Öl im Basisjahrs 2001 gegenübersteht.⁹ Während das Land dabei ist, seinen wachsenden Energiebedarf im Kontext des Klimawandels zu stillen, ist es Aufgabe der Regierung, den Zugang zu Energie sowie die Energiestabilität und Effizienz der Energieversorgung zu verbessern, und gleichzeitig ihren Kohlenstoffgehalt so niedrig wie möglich zu halten. Die Energiepolitik des Landes sollte sich dabei auf folgende Punkte konzent-

rieren: Erneuerbare Energien in das Energierepertoire aufnehmen, saubere Kohle und/oder Erdgas für die Stromherstellung zunehmend einsetzen, die Effizienz der Energieversorgung und des Energieverbrauchs verbessern. Des Weiteren sollte sich die Energiepolitik auch noch auf steuerliche und regulierende Initiativen zur direkten Umsetzung des Projektes für grüne Energie konzentrieren.

Sicherheitspolitik und Klimapolitik werden von der indischen Regierung bisher überwiegend getrennt voneinander betrachtet. In der Klimapolitik werden Sicherheitsgefahren, die durch den Klimawandel verursacht werden, zwar wahrgenommen, wie z.B. Rohstoffverknappung, Gefahren durch Umweltschäden und mögliche Migrationsbewegungen in betroffenen Regionen. Diese bilden jedoch kein vorrangiges Thema im Bereich der Sicherheitspolitik. Die indische Regierung nimmt den Klimawandel als Stressmultiplikator wahr, der bereits vorhandene Schwachstellen verschärft. Allein dadurch wird der Klimawandel zu einem Thema für die persönliche Sicherheit, weil er das Leben und den Lebensunterhalt vieler Menschen bedroht.

Das Atomunglück des japanischen Atomkraftwerkes Fukushima war in Indien von einer umfangreichen Berichterstattung in den Medien begleitet und stieß eine energiepolitische Debatte über die Sicherheit der indischen Atomanlagen an. Anti-Atomkraft-Organisationen wie die National Alliance of Anti-Nuclear Movements (NAAM) warnten vor einer Verharmlosung der Sicherheitsfragen in Bezug auf Kernenergie und forderten ein Umdenken in der indischen Energiepolitik. In Indien ist die Kernenergie (2,9 Prozent) gegenwärtig die viertgrößte Elektrizitätsquelle nach der thermischen Energie (64,7 Prozent), der Wasserkraft (24,7 Prozent) und den Erneuerbaren Energien (7,7 Prozent) und soll bis 2030 jährlich um mehr als fünf Prozent zunehmen.

Indien betreibt sechs Kernkraftanlagen mit zwanzig Kernkraftwerken und einer Gesamtnettoleistung von 4.780 Megawatt. Sechs weitere Kernkraftwerke mit 4.800 Megawatt sind im Bau. Mit der Inbetriebnahme des zwanzigsten Nuklearreaktors Ende 2010 gehöre Indien nunmehr – so die Regierung – zum „Eliteclub der Nationen“ nach den USA, Frankreich, Japan, der russischen Föderation und Nordkorea. Ein weiteres Projekt – das Jaitapur Nuclear Power Project – soll in der Stadt Ratnagiri im Bundesstaat Maharashtra bis 2017 mit Hilfe des Areva-Konzerns errichtet werden. Das Jaitapur-Projekt sieht sechs Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 9.900 Megawatt vor und würde damit das weltweit größte Kernkraftwerk sein.

9 | Vgl. TERI, „India's energy security: new opportunities for a sustainable future“. Arbeitspapier, gesendet an den Hon'ble Prime Minister of India, Dr. Manmohan Singh, 2009.

Bereits vor dem Atomunglück in Japan gab es Proteste in verschiedenen Teilen Indiens gegen die Atomkraftanlage in Haripur und das geplante Jaitapur-Projekt in Maharashtra. Auf Anordnung von Premierminister Manmohan Singh kam es nach der Katastrophe zu einer Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen aller Kernkraftanlagen in Indien, auch die Konstruktionen der Anlage in Ratnagiri wurden erneut überprüft und – falls erforderlich – werden Nachbesserungen angeordnet. Ein Umdenken in der indischen Atompolitik ist allerdings nicht absehbar.

ERWARTUNGEN UND ERGEBNISSE DER VN-KLIMARAHMENKONVENTION VON CANCÚN (MEXIKO)

Im Vorfeld der 16. VN-Klimakonferenz in Cancún hatte die indische Regierung keine allzu großen Erwartungen. „We should be realistic of what you can expect to do in Cancún“¹⁰ lautete die eher pessimistische Erwartungshaltung des indischen Umweltministers Jairam Ramesh im Vorfeld der 16. Vertragsstaatenkonferenz (COP16) zur UNFCCC (Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen). „I don't expect any agreement at Cancún this December as the developed nations have so far failed to keep their promise of fund release made last year in Copenhagen to the developing countries for meeting climate actions.“¹¹ Jairam Ramesh hatte mit dieser Aussage auf die ungleichen Interessen und Bedürfnisse der beteiligten Vertragsstaaten aufmerksam gemacht.

Mehrfach waren im Vorfeld vor Cancún die Minister der BASIC-Länder (Brasilien, Südafrika, Indien und China) zusammengekommen, um Positionen für die COP16 abzustimmen. Beim Treffen, das vom 10. bis 11. Oktober 2010 im chinesischen Tianjin stattgefunden hatte, hatten die Vertreter aus den jeweiligen Mitgliedsnationen ihre Entschlossenheit bekräftigt, in Cancún gemäß dem in Bali verabschiedeten Aktionsplan auf eine umfassende und ausgewogene Lösung hinarbeiten zu wollen. Die Anwendung einseitiger protektionistischer Maßnahmen in den Klimaverhandlungen hatte die indische Seite strikt zurückgewiesen. Bereits bei den VN-Klimaverhandlungen in Bonn im Jahr 2009 hatte Indien dafür plädiert, einen Passus aufzunehmen, dass die Industrieländer „shall not

resort to any form of unilateral measures including countervailing border measures, against goods and services imported from developing countries on grounds of protection and stabilisation of climate.“¹²

Nobelpreisträger Rajendra Kumar Pachauri, der Vorsitzende des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und Direktor von TERI, hatte erhofft, zumindest einen Konsens in Cancún zu erzielen. Gleichzeitig hatte Pachuri aber davor gewarnt, die Erwartungen zu hoch anzusetzen: Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern sei es nicht möglich, „ein globales Übereinkommen“ zu erzielen.¹³

Nach Abschluss der Verhandlungen blieb aus Sicht der indischen Medien das Abkommen hinter den Erwartungen zurück. Es wurde kritisch angemerkt, dass keine neuen verbindlichen Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 vereinbart worden seien. Ebenso sei eine mangelnde Kompromissbereitschaft während der Verhandlungen seitens der USA innerhalb ihrer Klimapolitik zu erkennen gewesen.

Anerkannt wurde die vermittelnde Rolle des indischen Umweltministers Ramesh während der Abschlussverhandlungen des Abkommens in den internationalen und indischen Medien, jedoch bleibt die grundlegende Haltung der indischen Regierung über das weitere Vorgehen in der Klimapolitik bestehen. Sie wird selbst keine verbindlichen Emissionsreduktionen eingehen und will weiterhin auf freiwillige Maßnahmen im eigenen Land setzen. Die einzige Ausnahme bilden Projekte, die von internationalen Gebern finanziert werden. Nur diese sollen den Überwachungs-, Berichterstattungs- und Prüfungsanforderungen (*monitoring, reporting and verification*, MRV) oder einem Prozess der internationalen Beratung und Analyse unterliegen. Indien besteht auch nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 auf einer Unterscheidung zwischen den Anforderungen an Annex-I- und Nicht-Annex-I-Staaten. Dieser Grundsatz soll als zentraler Punkt für jedes weitere Klimaabkommen aufrechterhalten werden.

10 | „Climate change focus shifts to ‚post-Cancun‘: Ramesh“, *The Times of India*, 21.09.2010, <http://timesofindia.indiatimes.com/home/environment/developmental-issues/Climate-change-focus-shiftsto-post-Cancun-Ramesh/articleshow/6597472.cms> [06.09.2011].

11 | „No hope of any climate treaty in Mexico: Ramesh“, *The Times of India*, 22.07.2010, <http://timesofindia.indiatimes.com/india/No-hopeof-any-climate-treaty-in-Mexico-Ramesh/articleshow/6201243.cms> [06.09.2011].

12 | Vgl. *The WTO and Climate Change: Challenges and Options*, Gary Clyde Hufbauer, Kim Jisun, Peterson Institute for International Economics.

13 | „Pachauri asks Mexico to be realistic: Cancun climate summit“, *The Times of India*, 18.08.2010, <http://timesofindia.indiatimes.com/home/environment/developmental-issues/Pachauri-asks-Mexico-to-be-realistic-Cancun-climate-summit/articleshow/6331327.cms> [06.09.2011].